

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Rates am 29.10.2015
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Einbringung der Haushaltssatzung für das Jahr 2016	6
3 Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Meerbusch zum 31. 12. 2010 Vorlage: RPA/0245/2015	6
4 VII. Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates und seiner Ausschüsse Vorlage: ZD/0302/2015	7
5 Aktuelles zur Flüchtlingsunterbringung -Mündlicher Bericht-	8
5.1 Umbesetzung Jugendhilfeausschuss - Kath. Kirchengemeinden Vorlage: ZD/0086/2015	9
6 Anträge	9
7 Anfragen	9
7.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 1. Oktober 2015 betr. Datenschutz Vorlage: ZD/0035/2015	9
7.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 1. Oktober 2015 betr. Unterbringung Flüchtlinge - Asylbewerber Vorlage: ZD/0036/2015	9
8 Bericht der Verwaltung / Beschlusskontrolle	10
9 Termin der nächsten Sitzung	10
10 Verschiedenes	10
10.1 Kreuzungsvereinbarung Bahnübergang in Meerbusch-Oserath	10
10.2 Flughafen Düsseldorf	10
10.3 Böhler	11

10.4	Gesamtabschluss Haushalt 2011	11
10.5	Immobilienmesse Expo-Real	11
10.6	Verkehrsführung Strümper Straße in Meerbusch-Osterath	11
10.7	Haus Meer	12

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Frau Angela Gröters Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied anwesend bis TOP 7.1

Frau Helga Hermanns Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Gerd van Vreden Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Herr Dirk Banse Ratsmitglied anwesend bis TOP 5

Herr Michael Billen Ratsmitglied

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Herr Dieter Jüngerkes Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Frau Katja Giesen	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
Herr Gerd Dieter Hünseler	Ratsmitglied

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Dr. Just Gérard	Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Frau Julia Baetzgen	Service Recht
Frau Beate Heidbreder-Thören	Zentrale Dienste
Herr Björn Kerkmann	Referent der Bürgermeisterin
Herr Ulrich Mombartz	Vorsitzender Personalrat
Herr André Pescher	Rechnungsprüfungsamt

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz	Bereichsleiter Zentrale Dienste
-------------------	---------------------------------

es fehlen:

von der FDP-Fraktion

Herr Christian Welsch	Ratsmitglied
-----------------------	--------------

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
-------------------	--------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage mit, dass ein Schreiben der Kath. Kirchengemeinden bezüglich einer Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss eingegangen sei. Diese Angelegenheit solle mit Einverständnis des Rates unter TOP 5.1 behandelt werden.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Herr Heinz Vieten, 2. Vorsitzender des Gartenbauvereins Büberich, nimmt Bezug auf die in der Diskussion befindliche Planungsvariante des Grundstückes „Düsseldorfer Straße“ mit Sozialwohnungen, die zunächst zur Unterbringung von Flüchtlingen dienen sollen. Er gibt hierzu ein ablehnendes Votum des Vereins ab und bittet um ergebnisoffene Prüfung von Realisierungsmöglichkeiten an anderer Stelle. Zudem seien die Pächter bereit, die gepachteten Grundstücke von der Stadt Meerbusch käuflich zu erwerben, was zu einer stattlichen Einnahme im Haushalt führen würde. Ein solcher Bau passe nicht zur Struktur der Siedlung.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass der Appell vernommen worden sei. Fakt sei jedoch, dass eine Vielzahl von Menschen unterzubringen sei. Hierfür stünden aufgrund des derzeit gültigen Planungsrechts nur wenige Grundstücke kurzfristig zur Verfügung, zu diesen gehöre auch das Grundstück an der Düsseldorfer Straße.

Herr Cüneyt Özcan weist daraufhin, dass 9 von 11 Anwohnern, die gleichzeitig auch Pächter der städtischen Grundstücke wären, direkt am Neubauvorhaben wohnen würden. Ihnen würde faktisch der Garten weggenommen. Insofern seien Probleme vorprogrammiert. Es gelte eine Balance zu finden zwischen den Interessen der Anwohner und denen der Flüchtlinge bzw. der Stadt. Er frage sich auch, wieso das Grundstück nun auf der Prioritätenliste oben stehe und wie es zu dieser Wende kam. Die positive Stimmung würde kippen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert nochmals die prekäre Situation, die bundesweit bestehe. Es gelte eine Vielzahl von Flüchtlingen aufzunehmen. Meerbusch habe, im Gegensatz zu anderen Kommunen eben keine geeigneten Unterkünfte zur Verfügung. Andere Städte könnten auf leerstehende Wohnungen, Schulen, Altenheime oder Krankenhäuser zurückgreifen, das sei vor Ort nicht der Fall. Insofern seien Alternativen zu prüfen und zu finden. Die ins Auge gefassten Grundstücke hätten auch keine andere Priorität. Es seien alle im städtischen Eigentum befindlichen Grundstücke untersucht worden. Die nun genannten hätten den Vorteil, dass sie planungsrechtlich kurzfristig für eine Bebauung zur Verfügung stehen würden. Dies seien nach wie vor die Grundstücke an der Insterburger Straße (120 Plätze), an der Düsseldorfer Straße (50 Plätze), an der Moerser Straße (50 Plätze), an der Rottstraße (50 Plätze) sowie am Dicken Loch (50 Plätze). Hieran sei zu keiner Zeit etwas geändert worden.

Herr Wolfgang Kröger fragt nach, ob das Gelände des ehemaligen Bauhofs noch in Stadtbesitz ist. Sollte dies der Fall sein, warum dann dort nicht Wohnungsbau zur Flüchtlingsunterbringung oder auf dem Grundstück des geplanten Gewerberiegels an der Bahn auf dem Ostara-Gelände realisiert werde.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass der zuständige Fachausschuss für das Grundstück des ehemaligen Bauhofs einen Verkaufsbeschluss gefasst habe. Der Ausschuss werde sich in seiner nächsten Sitzung erneut mit der Frage der Vermarktung befassen. Das Grundstück direkt an der Bahn sei als Gewerbegrundstück ausgewiesen, so dass es einer B-Plan-Änderung bedürfe, zudem sei die Lärmsituation direkt an der Bahntrasse dann zu prüfen. Sie erklärt weiterhin, dass das Thema der Unterbringung von Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern ein Dauerthema bleibe und noch weitere Unterbringungsvarianten zu prüfen seien.

Herr Thomas Steinforth fragt nach, ob städtischerseits eine Unterbringung von Flüchtlingen in der Tennis- und Soccer Halle am Forstenberg in Lank beabsichtigt sei. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass es derzeit dahinzielende Überlegungen gebe, sich die Untersuchung aber noch im Prüf-stadium befinde.

Frau Thinius, Mutter einer Schülerin der städtischen Barbara-Gerretz-Schule fragt, ob der Unterrichts-betrieb der Schule im Gebäude der derzeitigen Hauptschule infolge von Lärmbelastungen durch Umbaumaßnahmen im Gebäude gestört würde.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage antwortet, die Frage sei auch von den Teilnehmern der Schulkonferenz gestellt worden. Als Unterrichtsräume für die Barbara-Gerretz-Schule sollen die im rechten Teil des Gebäudes im Erdgeschoss liegenden Klassen genutzt werden. Die bisherigen Fachunter-richtsräume der Hauptschule werden im kommenden Jahr für eine Nutzung für die OGS umgebaut. Diese Räume befänden sich allerdings im linken Gebäudeteil; beide Gebäudeteile seien durch die Aula getrennt. Da das Schulgebäude insgesamt größer sei als die Gebäudefläche von Barbara-Gerretz-Schule und Erwin-Heerich-Schule zusammen, könnte am neuen Standort das Angebot für die OGS verbessert werden.

2 Einbringung der Haushaltssatzung für das Jahr 2016

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage bringt den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2016 in den Rat ein. Stadtkämmerer Fiebig erläutert die Eckdaten. Die Haushaltsrede wie auch der Folienvortrag sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

3 Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31. 12. 2010 Vorlage: RPA/0245/2015

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage übergibt den Vorsitz an den 1. stellvertretenden Bürgermeister Leo Jürgens.

Beschluss:

- Der Rat beschließt, den vom Stadtkämmerer aufgestellten und von der Bürgermeisterin bestätigten Entwurf des Gesamtabschlusses zum 31. 12. 2010 gemäß § 116 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. § 96 Abs. 1. Satz 2 GO NRW festzustellen

Der Gesamtabschluss weist folgende Werte aus:

Gesamtbilanzsumme

Aktiva	Passiva
643.545.873,34 €	643.545.873,34 €

Gesamtergebnisrechnung

Gesamterträge	Gesamtaufwendun- gen	Gesamtfehlbetrag	Anderen Gesell- schaften zuzu- rechnendes Er- gebnis	Gesamtbilanzverlust
150.963.124,43 €	156.952.736,93 €	-5.989.612,50 €	-1.288.218,78 €	-7.277.831,28 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	10		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	5		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei		2	
Die Aktiven	2		
Gesamt	48	2	

2. Die Ratsmitglieder beschließen, der Bürgermeisterin Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	10		
FDP			5
Bündnis 90 / Die Grünen	5		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei	2		
Die Aktiven	2		
Gesamt	45		5

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage übernimmt wieder den Vorsitz.

Ratsherr Becker berichtet von den Beratungen des Rechnungsprüfungsausschusses.

**4 VII. Änderung der Zuständigkeitsordnung
des Rates und seiner Ausschüsse
Vorlage: ZD/0302/2015**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die in der Anlage 1 beigefügte VII. Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates und seiner Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet von den Vorberatungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses.

5 Aktuelles zur Flüchtlingsunterbringung -Mündlicher Bericht-

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, die Zahl der nach Deutschland kommenden Asylbewerber und Flüchtlinge nehme immer weiter zu. Die offiziellen Prognosen des BMI vom 20.08.2015 gingen nach wie vor von insgesamt 800.000 Menschen aus, die in diesem Jahr nach Deutschland kommen, tatsächlich dürfte die Anzahl jedoch deutlich höher sein.

In NRW seien per 15.10.2015 insgesamt 63.740 Unterbringungsplätze zur Verfügung gestellt worden, davon würden 81% der Plätze in Notunterkünften in Schulen, Turnhallen, Zelten pp., nur 19% in Regeleinrichtungen vorgehalten. Diese Zahlen würden die Not der Kommunen unterstreichen, in der Kürze der Zeit Regeleinrichtungen zu schaffen. Aufgrund der hohen Anzahl der Zuweisungen gingen bereits Kommunen dazu über, auch kommunale Zuweisungen in Turnhallen unterzubringen.

Im Verfahren der Registrierung der Flüchtlinge sei zwischenzeitlich eine Änderung erfolgt. Während bisher die Registrierung in der Notunterkunft erfolgt sei, würden die Flüchtlinge jetzt mit Bussen nach Köln gebracht und dort registriert. Von dort aus würden die Flüchtlinge teilweise auf andere Standorte verteilt, ein Teil komme wieder zurück nach Meerbusch, der Bestand würde durch neue Flüchtlinge aufgefüllt.

In Meerbusch seien 2012 24 Flüchtlinge, in 2013 61 und 2014 112 Flüchtlinge aufgenommen worden. In 2015 seien bisher 764 Flüchtlinge aufgenommen worden. Ausgehend von geschätzten 1,4 Mio. Zuwanderungen in den nächsten 12 Monaten müssten in Meerbusch 960 Flüchtlinge pro Jahr, demnach 80 Flüchtlinge pro Monat aufgenommen werden.

Aufgrund verstärkter Registrierung in Verbindung mit steigenden Zuwanderungen sei ein sprunghafter Anstieg der kommunalen Zuweisungen zu befürchten. Insofern arbeite die Verwaltung derzeit an einer Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes. Aktuell bestehe eine Reserve von 200 Plätzen.

Entgegen der bisherigen Aussage, dass Plätze in Notunterkünften mit einem Faktor von 1,3 berechnet würden – dies hätte zu einem rechnerischen Plus von 180 Plätzen geführt- gelte diese Regelung nur für Erstaufnahmeeinrichtungen.

Bei der Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes solle möglichst auf die Inanspruchnahme weiterer Sporthallen verzichtet und die Sporthallen am Städt. Mataré-Gymnasium und am Städt. Meerbusch-Gymnasium nach Ablauf der vereinbarten Frist wieder dem Schul- und Vereinssport zur Verfügung gestellt werden. Es bleibe allerdings abzuwarten, ob dies gelingt. Des Weiteren solle auf eine dezentrale Unterbringung und Vermeidung überproportionaler Inanspruchnahme einzelner Stadtteile geachtet werden.

Durch die bevorstehende Anmietung von Räumlichkeiten im Pfarrheim in Strümp können 60 Plätze geschaffen werden.

Als Ergebnis eines Termins mit der Schulkonferenz der Städt. Barbara-Gerretz-Schule habe diese zugestimmt, die Räume an der Fröbelstraße bereits vorzeitig aufzugeben, der Unterrichtsbeginn nach den Weihnachtsferien solle am Standort der Hauptschule erfolgen. Die Kurzfristigkeit der Aufgabe stelle die Schule vor eine große Herausforderung und sie sei, so die Bürgermeisterin, dankbar, dass die Schule durch den vorzeitigen Umzug Unterbringungskapazität bereitstelle. Die Schule nebst Turnhalle könne für 210 Personen entweder als Notunterkunft oder als Regeleinrichtung bis Ende Februar 2016 hergerichtet werden.

Die Verhandlungen mit den gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften würden fortgeführt.

Die Grundstücke, die die Stadt veräußern wolle, seien zwischenzeitlich vom Gutachterausschuss des Rhein-Kreises Neuss bewertet worden, die Grunderwerbskosten seien den Wohnungsbaugesellschaften mitgeteilt worden. Die Gebäudegrundrisse für die jeweiligen Neubauvorhaben sollen so konzipiert werden, dass zunächst eine Nutzung als Flüchtlingswohnheim, später als Sozialwohnungen

möglich ist. Die Gebäude sollen mit Förderung des Landes – 1. Förderweg – errichtet und für eine Dauer von 10 Jahren von der Stadt zu den Konditionen des sozialen Wohnungsbau angemietet werden. Insgesamt sollen dadurch Plätze für 320 Flüchtlinge geschaffen werden.

Weitere Planungen betreffen u.a. die Schaffung von rd. 400 Plätzen durch Modularbauten sowie die Nutzung eines zum Kauf angebotenen Gebäudes. Die Verwaltung erarbeite derzeit einen Vorschlag, über den der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss in seiner Sitzung am 12.11.2015 anstelle des Rates entscheiden solle.

Die Stadt erfahre derzeit eine große Unterstützung durch ehrenamtliche Helfer. Die bisher als Kleiderkammer zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten ließen jeweils nur eine temporäre Nutzung zu. Nunmehr bietet sich eine Anmietung der Räume der ehemaligen Postfiliale im Stadtteil Osterath mit einer Fläche von rd. 300 qm zu einem günstigen Mietpreis an. Der neugegründete Verein „Meerbusch hilft“ sei bereit, die Räume anzumieten, wenn die Stadt die Warmmiete trage.

Auf Nachfrage erklären alle Fraktionen ihr Einverständnis zur Gewährung eines Geschäftskostenzuschusses an den Verein „Meerbusch hilft“.

Anmerkung des Schriftführers:

Die Warmmiete für das Gebäude beträgt 1.300 €/Monat.

In der anschließenden Diskussion begrüßen Vertreter aller Fraktionen die vorgestellte weitere Vorgehensweise.

5.1 Umbesetzung Jugendhilfeausschuss - Kath. Kirchengemeinden
Vorlage: ZD/0086/2015

Der Rat nimmt die Information bezüglich der Entsendung eines neuen ordentlichen beratenden Mitgliedes der Katholischen Kirchengemeinden zur Kenntnis. Anstelle von Frau Voß (vormals Grünkemeier) ist nunmehr Frau Julia Lehmann ordentliches beratendes Mitglied.

6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

7 Anfragen

7.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 1. Oktober 2015 betr. Datenschutz
Vorlage: ZD/0035/2015

Frau Julia Baetzgen, Service Recht, beantwortet die Anfrage. Die Antwort ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

7.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 1. Oktober 2015 betr. Unterbringung Flüchtlinge - Asylbewerber
Vorlage: ZD/0036/2015

Die Beantwortung der Anfrage hat sich durch die unter TOP 5 erfolgten Erläuterungen der Bürgermeisterin erledigt.

8 Bericht der Verwaltung / Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

9 Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Rates findet am 17. Dezember 2015 statt. Wegen des zu erwartenden Umfangs der Beratungen wird der Sitzungsbeginn auf 16 Uhr terminiert.

10 Verschiedenes

10.1 Kreuzungsvereinbarung Bahnübergang in Meerbusch-Oserath

Unter Hinweis auf die Anfrage von Ratsherrn Fischer in der letzten Ratssitzung informiert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass die Deutsche Bahn am 21. Mai 2015 gebeten worden sei, die Terminplanung für das Bauwerk aufgrund der Zusagen von Straßen NRW anzupassen. Nachdem dies nicht erfolgt sei, sei die Anpassung angemahnt worden, des Weiteren sei die Bitte um Fortschreibung der Kosten wiederholt worden. Für den 10.11. 2015 sei nun zu einem weiteren Abstimmungsgespräch ins Bauministerium eingeladen worden.

10.2 Flughafen Düsseldorf

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet über den Antrittsbesuch des Sprechers der Geschäftsführung der Flughafen Düsseldorf GmbH, Herrn Dr. Dohm.

Als erster wesentlicher Tagesordnungspunkt sei wegen der Lärmauswirkung auf die Stadt insgesamt, aber insbesondere auf den Stadtteil Lank, das Flachstartverfahren angesprochen worden. Hierzu sei im Einzelnen dann die Thematik auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der speziell hierfür gebildeten Kommission und der dort besprochenen Vorgehensweise erörtert worden. Aufgrund der inzwischen ins Land gegangenen Zeit sei es dringlich, dass der beauftragte Gutachter, Prof. Isermann, auch die entsprechenden Ergebnisse abliefern. Herr Dr. Dohm bestätigte, dass dies auch im Interesse des Flughafens sei. Hinsichtlich der Motivation der Fluggesellschaften zur Einführung des Flachstartverfahrens sei angesprochen worden, ob dies nicht aus reinen Kostengründen infolge der erheblichen Preisanteile für Kerosin stattfände. Herr Dr. Dohm äußerte ausdrücklich, dass es bei der Frage der Lärmbelastung nicht auf die Frage der Kosten ankommen könne.

Auf weitere Einzelheiten hinsichtlich der Abweichungen von den Flugrouten und den hierzu vorgesehenen Ideallinien wurde näher eingegangen. Die entsprechende Auffächerung, gerade auch über den Stadtteilen Strümp und Lank und die hiervon betroffenen teilweise auch schutzwürdigen Einrichtungen wie das Krankenhaus und die Kindergärten, wurde näher diskutiert.

Des Weiteren wurden Fragen der Fluglärmkommission angesprochen. Hinsichtlich der größeren Transparenz durch Veröffentlichung der Protokolle, die im Gegensatz zu anderen Flughäfen in Düsseldorf nicht veröffentlicht würden, wurde hingewiesen. Außerdem wurde das Thema spezieller Flugzeugtypen, z.B. des Typ A 340 angesprochen. Hierzu erklärte Herr Dr. Dohm, dass dieser auf der Linie Chicago nicht mehr eingesetzt würde, da die Linie eingestellt sei. Außerdem rechne er damit, dass wahrscheinlich im nächsten Sommer auch die Linien nach New York ebenfalls nicht mehr von der A 340 befliegen werden.

Ein weiterer Gesichtspunkt war dann der beabsichtigte Antrag auf Kapazitätserweiterung. Zum weiteren Fortgang des Verfahrens erklärte Herr Dr. Dohm, er rechne erst im Sommer 2016 mit einer Auslegung des Antrages, weil er unter Berücksichtigung der zur Zeit laufenden Nachbegutachtung und der dann erforderlichen Prüfung durch das Ministerium nicht von einer früheren oder schnelleren Abwicklung ausgehe.

10.3 Böhler

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage nimmt Bezug auf die Berichterstattung in der Rheinischen Post von heute. Das neue Forschungszentrum für 3 D-Druck im Bereich Metall sei für April/Mai 2016 in einer rd. 400 m² großen bestehenden Halle mit rund 10 Arbeitsplätzen geplant

10.4 Gesamtabschluss Haushalt 2011

Auf Nachfrage von Ratsherrn Müller erklärt Stadtkämmerer Fiebig, dass die Gesamtabschlüsse der Jahre 2011 – 2014 bis zum 30.06.2016 erstellt werden. Der Abschluss für das Jahr 2015 werde in der 2. Hälfte des Jahres 2016 erstellt und dem Landrat mit den Abschlüssen 2011 - 2014 bis zum 31.01.2017 vorgelegt.

Herr Müller verweist auf die Aussagen des Innenministers Jäger, wonach die Abschlüsse der Kommunen zügiger erfolgen sollen. Herr Fiebig entgegnet, dass dies vorliegend der Fall sei, da Meerbusch bei der vorgesehenen Verfahrensweise den Abschluss 2015 im vereinfachten, also zügigeren Verfahren beim Landrat vorlegen könnte.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Müller erläutert Herr Fiebig, dass die Wirtschaftsprüfer im Verfahren der Gesamtabschlüsse 2011 – 2014 lediglich begleitend tätig sein würden, damit sie Kenntnis hätten, da sie den Gesamtabschluss 2015 wieder prüfen müssten.

10.5 Immobilienmesse Expo-Real

Ratsherr Staudinger-Napp bittet um Informationen bezüglich der Teilnahme der Stadt Meerbusch an der EXPO-Real in München. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass eine Reihe von Gesprächen mit Interessenten hinsichtlich des Interkommunalen Gewerbegebietes geführt worden seien. Da jedoch die 2. Offenlage des Regionalplanes ausstehe, seien konkrete und zielführende Gespräche noch nicht möglich. Verwaltungintern sei eine Projektgruppe gegründet worden, die Fragestellungen und Konzepte zum Interkommunalen Gewerbegebiet erarbeitet.

Bezüglich der Neubelegung der EDEKA-Filiale am Deutschen Eck bestünde Interesse seitens der Einzelhandelskette „Netto“. Daneben sei der Eigentümer aber mit weiteren Interessenten im Gespräch.

10.6 Verkehrsführung Strümper Straße in Meerbusch-Osterath

Ratsherr Focken bemängelt die ständig wechselnde Verkehrsführung im Bereich Ostara und der Strümper Straße und fragt nach, ob die beteiligten Firmen die Vorhaben pünktlich zur Eröffnung des Frischemarktes abschließen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage antwortet, dass die Fristen des städtebaulichen Vertrages nicht eingehalten wurden, man aber davon ausgehe, dass nach dem jetzigen Plan der Knotenpunkt Strümper Straße bis Ende November fertiggestellt sein werde. Ratsherr Focken fragt nach, was denn geschehe, wenn die Firmen dies nicht schaffen würden. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass dann zumindest die Decken zu schließen seien.

10.7 Haus Meer

Ratsherr Peters fragt nach dem Stand der Bodenuntersuchung auf dem Gelände Haus Meer. Insbesondere interessiert ihn, wann das Bodengutachten vorliegt und wann es veröffentlicht werde. Zusätzlich möchte er wissen, ob ökologische Gesichtspunkte Berücksichtigung finden und wie diese in die Gesamtbetrachtung einfließen.

Beigeordneter Dr. Gérard berichtet, dass die archäologischen Arbeiten im nördlichen Bereich des Areals Haus Meer abgeschlossen sind, um eine entsprechende Sachverhaltsermittlung durchführen zu können. Der Zwischenbericht der Archäologischen Firma, die diese Grabungen vornahm, geht nicht von einer spektakulären Befundlage aus. Diesen Zwischenbericht habe er in der letzten Sitzung des Kulturausschusses in Zusammenfassung vorgetragen, ohne eine eigene Würdigung dieses Berichtes vorzunehmen.

Sobald der abschließende verbindliche Bericht der Archäologen vorliegt, werden alle beteiligten Stellen hiervon in Kenntnis gesetzt. Im Anschluss erfolgt eine Diskussion und Abstimmung über das weitere Vorgehen, besonders über die Einschätzung, inwieweit eine Überbauung des untersuchten Areals aus denkmalrechtlichen Erwägungen zu realisieren ist. Landschaftspflegerische und umweltrechtliche Aspekte sind natürlich wichtige Stichwörter im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens, haben aber inhaltlich nichts mit einer archäologischen Untersuchung zu tun. Die Prüfung hinsichtlich der Umweltverträglichkeit wird im Rahmen eines evtl. Genehmigungsverfahrens gesondert geprüft und genehmigt.

Meerbusch, den 10. November 2015

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Jürgen Wirtz
Schriftführer/in